

93 A 1830

Inhalt



Vorwort	3
Programm der Vereinigten Sozialistischen Partei	5
Statut der Vereinigten Sozialistischen Partei	41
Selbstverständnis der Vereinigten Sozialistischen Partei	41
Vereinbarungen zur Vierten Internationale	63

MB 15 370

Impressum:

Vereinigte Sozialistische Partei
Aquinostr. 7-11, 5000 Köln 1

erscheint im
SoZ-Verlag GmbH, Aquinostr. 7-11, 5 Köln 1
Köln, Oktober 1986.

Vorwort

Die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) wurde am 4./5. Oktober 1986 in Dortmund gegründet. Sie besteht bei ihrer Gründung aus einem Zusammenschluß der früheren Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Gruppe Internationale Marxisten (GIM).

In einem fast zweijährigen Diskussionsprozeß auf allen Ebenen von GIM und KPD wurden die hier veröffentlichten Grundlagen der VSP erarbeitet. Gleichzeitig dehnten die beiden Organisationen ihre Zusammenarbeit in der praktischen Politik fortwährend aus.

Auf der Gründungskonferenz wurden die Texte in der hier vorliegenden Fassung abschließend beraten und verabschiedet. Das Programm wurde ohne Gegenstimme und mit zwei Enthaltungen angenommen. Das Statut erhielt drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen; das Selbstverständnis wurde mit einer Gegenstimme und acht Enthaltungen angenommen.

Die Mitglieder der früheren GIM waren gleichzeitig Mitglieder der internationalen Organisation »Vierte Internationale«. Zu dieser Mitgliedschaft und der diesbezüglichen zukünftigen Regelung billigte die Gründungskonferenz der VSP besondere »Vereinbarungen zur Vierten Internationale«. Sie erhielten fünf Gegenstimmen, und acht Delegierte enthielten sich der Stimme. Die Vereinbarungen werden an dieser Stelle ebenfalls veröffentlicht. Die Vereinigte Sozialistische Partei gibt eine vierzehntägig erscheinende Zeitung, die SOZIALISTISCHE ZEITUNG, heraus.

Uns der Tatsache bewußt, daß die VSP nurein Teil der Kräfte und Personen ist, die sich für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft einsetzen, wünschen wir uns und den hier veröffentlichten Grundlagen der VSP reges Interesse, Kritik und Anregung; Auseinandersetzung und Zusammenarbeit.

Köln, Oktober 1986.

Programm der Vereinigten Sozialistischen Partei

Die Sorge um das wirtschaftliche Auskommen, Existenzunsicherheit angesichts der ständigen Drohung des Arbeitsplatzverlustes, Verzweiflung von Millionen, die die kapitalistische Entwicklung bereits in tiefe Armut gestürzt hat, in der der Lebensunterhalt sich kaum mehr bestreiten läßt;

die Empfindung von Entfremdung und Leere als Resultat einer Arbeitswelt, in der Kreativität und selbständiges Denken unterdrückt werden, der Mensch immer mehr in ein bloßes Anhängsel der Maschinerie oder in ein blind funktionierendes Teilchen bürokratischer Apparate verwandelt wird;

das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer herrschenden Politik, die sich aufgrund schwer durchschaubarer und durch die breite Masse der Bevölkerung nicht beeinflusbarer Beziehungen unterhalb der parlamentarischen Oberfläche stets als Politik im Interesse der mächtigen Kapitalisten erweist und mit Polizeiknüppeln und gesetzlichen Einschränkungen der demokratischen Rechte und Freiheiten, mit verstärkten Tendenzen zu staatlicher Überwachung und Bespitzelung der Bürger, mit steigendem Ausländerhaß und dem Aufleben nationalistischer und faschistischer Bestrebungen zunehmend reaktionäre Züge aufweist;

Unsicherheit, Perspektivlosigkeit und Angst angesichts der durch wachsende Kriegsgefahr und fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen erkennbar existenzbedrohenden Risiken einer durch das Kapital bestimmten Zukunft.

Diese Fragen, Probleme und Sorgen bestimmen heute bewußt und unbewußt das Denken und Fühlen eines wachsenden Teils der

Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen, der Jugend und der Intelligenz, eines Großteils der nicht zu den Vermögenden und Mächtigen zählenden Bevölkerung unseres Landes:

Nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung ist wieder zunehmend durch Krisen bestimmt. Eine tiefe gesellschaftliche Krise erfaßt nahezu alle Bereiche der bürgerlichen Gesellschaft.

Andererseits ist der Sozialismus heute in der Sicht der großen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten weit davon entfernt, als Lösung der Probleme, die der Kapitalismus der Arbeiterklasse aufbürdet, zu gelten. Er erscheint weit davon entfernt, die Fragen im Interesse der arbeitenden Menschen zu beantworten, die durch eine für viele offenkundig verhängnisvolle Entwicklung des Kapitalismus im Hinblick auf die Zukunft der Menschheit aufgeworfen sind.

Das herrschende Sozialismus-Bild und die Diskussion über den Sozialismus in unserem Land werden bestimmt durch die Verhältnisse in den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus, also in der DDR, Polen, der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Pakts.

Tatsache ist: Auch in diesen Ländern bestimmen nicht die Werktätigen, was mit den Früchten ihrer Arbeit geschieht. Sie haben keinen tatsächlichen Einfluß auf die Leitung der Betriebe und noch weniger auf die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Mehrprodukts. Auf der anderen Seite eignen sich die Herrschenden in Partei, Staat und Betrieben Mehrarbeit an und beuten die Werktätigen in diesem Sinne aus.

Tatsache ist, daß die Arbeiterklasse in diesen Ländern nicht herrscht, sondern unterdrückt ist.

Tatsache ist, daß diese Länder auch in der Frage des Kampfes um Vorherrschaft in der Welt und des Wettrüstens oder in der Frage der Umweltzerstörung keinen Weg eingeschlagen haben, der sich grundsätzlich von dem der westlichen imperialistischen Länder unterscheidet.

Wir fügen hinzu: Tatsache ist, daß diese Länder nicht sozialistisch sind.

Sozialismus setzt nach marxistischer Auffassung voraus: tat-

sächliche Macht und Freiheit der Arbeiterklasse, Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung, Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse und im Interesse der Arbeiterklasse.

Sozialismus bedeutet auch den vollständigen Bruch mit der imperialistischen Kriegspolitik und eine Entwicklung der Produktion von gesellschaftlichem Reichtum, die die natürlichen Grundlagen menschlicher Existenz bewahrt.

Die Kommunisten kämpfen für die politische Macht der Arbeiterklasse und streben keine besondere Herrschaft für sich an.

Die Arbeiterklasse, zu der heute auch ein Großteil der Angestellten und ein Teil der Beamten gehört, ist die Klasse in unserer Gesellschaft, die aufgrund ihrer Stellung in der Produktion, ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln in der Lage ist, im Bündnis mit allen, die den wirklichen Fortschritt der Menschheit wollen, den Kapitalismus zu stürzen. Deshalb hängt die Verwirklichung aller fortschrittlichen Bestrebungen in unserer Gesellschaft letztlich vom Fortschritt der Arbeiterbewegung ab.

Das heißt nicht, daß alle sozialen Bewegungen im Kapitalismus umstandslos dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit unterzuordnen sind. Es beinhaltet vielmehr die Notwendigkeit des Unterstützens aller Bestrebungen, die sich gegen jegliche Art von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung wenden.

Dies gilt vor allem für den Kampf der Frauen gegen ihre besondere Unterdrückung durch patriarchalische Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft.

Das sagen wir auch in Abgrenzung zu jener schlechten Tradition der Arbeiterbewegung, einschließlich ihres kommunistischen Teils, die den Widerspruch zwischen Mann und Frau schematisch als Nebenwiderspruch abtut, um der Frauenbewegung jede eigenständige Rolle abzusprechen. Um die Frauen, also mehr als 50 Prozent unserer Bevölkerung in den Kampf um Freiheit und Sozialismus einzubeziehen, muß die Arbeiterklasse beides, den Kampf der Frauen gegen die sie ausbeutenden Kapitalisten und den Kampf der Frauen gegen den sie unterdrückenden Mann unterstützen.

Indem die Arbeiterklasse sich aus ihrer gegenwärtigen Lage als ausgebeutete und unterdrückte Klasse befreit, leitet sie die Befreiung aller Menschen ein: die Entwicklung zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, in der alle Menschen völlig frei von staatlichem und wirtschaftlichem Zwang entsprechend ihren Bedürfnissen leben und sich frei entfalten können.

Kapitalismus und Arbeiterinteressen sind unvereinbar

Angesichts seiner gegenwärtigen tiefgehenden Krise erweist sich der Kapitalismus zunehmend als unfähig, den wirtschaftlichen und sozialen, den kulturellen und politischen Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen Rechnung zu tragen. Immer deutlicher wird darüber hinaus, daß ein System, in dem nahezu alle Beziehungen den Gesetzen des Profits unterworfen sind, nicht nur die Interessen der arbeitenden Menschen mißachtet, sondern auch die Existenzgrundlagen der gesamten Gesellschaft zerstört.

Die gesetzmäßige Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung tritt nun in aller Deutlichkeit wieder zutage, nachdem sie in den Jahren des »Wirtschaftswunders« unter der Oberfläche einer allgemeinen Steigerung des Konsums verborgen war, die allerdings die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft höchst unterschiedlich erfaßte.

Offenkundig wird damit zugleich, daß selbst in jenen Jahren des scheinbar ungehemmten wirtschaftlichen Wachstums keineswegs die Spaltung der Gesellschaft in einander unversöhnlich gegenüberstehenden Klassen aufgehoben wurde, wie Konservatismus und Liberalismus behaupten. Ebenso wenig führte diese Entwicklung zu einer Gleichstellung von Arbeit und Kapital, wie es die Sozialdemokratie und die durch sie beeinflusste herrschende Strömung in den DGB-Gewerkschaften gefordert und versprochen haben.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst widerlegt nachdrücklich alle früheren Behauptungen, der Kapitalismus könne krisenfrei bei wachsendem Wohlstand für alle gestaltet werden. Der ungeheure und stetig zunehmende Reichtum, den die Arbeiterklasse schafft, konzentriert sich vor allem bei einer kleinen Schicht großer Kapitalisten, bei den Konzernen, Banken und Finanzgruppen, während auf der anderen Seite neue Armut und Arbeitslosigkeit anwachsen und die Werktätigen insgesamt verschärfter Ausbeutung und zunehmenden Einschränkungen in ihrer Lebenshaltung unterworfen werden.

Die erneute Herausbildung der Massenarbeitslosigkeit macht der Arbeiterklasse ihre Abhängigkeit von den Kapitalisten, bei denen die Verfügungsgewalt über die Mittel der industriellen Produktion liegt, immer drückender spürbar.

Der technische Fortschritt wird eingesetzt, um die Belegschaften zu ständig steigender Arbeitsleistung zu zwingen. Gleichzeitig nimmt die Eintönigkeit der Arbeit zu, wird die Kontrolle über jeden einzelnen Beschäftigten vollständiger. Das geforderte Höchstmaß an Anspannung bei der Arbeit, Schicht- und Wochenendarbeit, flexible Arbeitszeiten u.a. führen dazu, daß zunehmend das gesamte Leben des Lohnarbeiters den Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses unterworfen wird. Automatisierung und Rationalisierung führen in Verbindung mit der krisenhaften Wachstumsschwäche der Produktion zum Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die Kapitalisten nützen die Massenarbeitslosigkeit und die dadurch hervorgerufene verstärkte Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse aus, um die Löhne zu drücken, Verschlechterungen der Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen durchzusetzen.

Nicht nur für den einzelnen Werktätigen rückt die Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes immer stärker in den Mittelpunkt. Die Umstrukturierungsprozesse in der kapitalistischen Wirtschaft, die Wanderungen des Kapitals zwischen den Branchen auf der Jagd nach maximalem Profit, die Produktionsstockungen durch die Tendenz zu relativer Überproduktion stellen die Beleg-

schaften ganzer Betriebe, ja die Arbeiter und Angestellten ganzer Industriezweige vor die Notwendigkeit, gegen Massenentlassungen und Stilllegungen zu kämpfen, um nicht ihre Existenz zu verlieren. Ganze Städte und Regionen drohen durch die Kahl-schlagstrategie der Konzerne und Banken, etwa in der Stahl- und Werftindustrie oder im Kohlebergbau, zu verarmen.

Zugleich gefährdet die hemmungslose Profitwirtschaft den Bestand der Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Die Krise des kapitalistischen Systems ist nicht nur eine wirtschaftliche; sie ist auch eine ökologische, eine Krise der zwischenmenschlichen Beziehungen, eine Zunahme der internationalen Spannungen.

Die bürgerliche Politik, die Folgen der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen, trifft zunehmend auf Widerstand: die Gewerkschaften und die Belegschaften einzelner Betriebe führen längere und härtere Abwehrkämpfe; breite Teile der Bevölkerung haben sich zu Hunderttausenden gegen Atomraketen, Atomenergie und Umweltverschmutzung in Bewegung gesetzt; Widerstand wird organisiert gegen die Unterdrückung der Frauen, die Diskriminierung der Ausländer; gegen die wachsende Wohnungsnot wurden in breitem Maßstab Häuser besetzt. So hat sich eine breite Front gegen die kapitalistische Abwälzung der Krisenlasten gebildet.

Doch es wird für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung zunehmend schwieriger, dem kapitalistischen Streben nach Verschärfung der Ausbeutung einen so effektiven Widerstand entgegenzusetzen, daß die Tendenz zur fortschreitenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse und übrigen Werktätigen aufgehalten werden könnte.

Daß die Arbeiter, für die es in der kapitalistischen Gesellschaft keine andere Existenzmöglichkeit gibt, als sich durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft als Lohnarbeiter an die Unternehmer zu verdingen, sich noch nicht einmal dieser Existenz als Ausgebeutete sicher sein können, enthüllt besonders kraß den menschenverachtenden Charakter des kapitalistischen Systems.

Arbeitslos zu sein — das bedeutet nicht nur, der Möglichkeit

beraubt zu sein, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, bei lang-dauernder Arbeitslosigkeit unter die Armutsgrenze gestoßen zu werden. Es bedeutet auch — vor allem, wenn der Anspruch auf Arbeitslosengeld erloschen ist — zum Almosenempfänger degradiert zu werden. In einer Gesellschaft wie der kapitalistischen, in der alles nach seinem Wert beurteilt wird, wird das von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen auch als eine Entwertung ihrer Persönlichkeit empfunden. Entsprechend betrachtet auch die bürgerliche Politik die Arbeitslosen: als Unkostenfaktoren, als Menschen, die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme und der staatlichen Haushalte verbrauchen, ohne daß aus ihnen noch ein Profit herauszupressen wäre. So zynisch will die bürgerliche Propaganda diejenigen, die ohne ihr Verschulden durch den Kapitalismus in Not gebracht wurden, auch noch ins Unrecht setzen.

Die staatliche Politik gegenüber den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, den Alten und Kranken, den ärmeren Bevölkerungsschichten besteht darin, sie noch weiter in die Armut zu drücken. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, die Leistungen der Kranken- und Rentenversicherung werden beständig gekürzt, die Voraussetzungen für die Anspruchsberechtigung auf solche Leistungen verschärft. Millionen sollen als Ergebnis dieser Politik aus der Gesellschaft ausgegrenzt, deklassiert werden: ohne Aussicht auf Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß, ohne Anspruch gegenüber dem Staat auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens, auf staatliche und sonstige Almosen angewiesen, um ein Leben am Rande des absoluten Existenzminimums zu fristen.

Den Armen und Ärmsten wird genommen, um es den Reichen in Form von Steuergeschenken, Subventionen und Staatsaufträgen zu geben. Alle Lasten der Krise sollen auf die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen abgewälzt werden, um dem Kapital — vor allem den Monopolen — auch unter Krisenbedingungen möglichst hohe Profite zu ermöglichen.

Um seinen Weg der »Krisenlösung« auf Kosten der Werktätigen, insbesondere der ärmeren Bevölkerungsschichten, gegen den

Widerstand der arbeitenden Menschen abzusichern, drängt das Kapital immer stärker auf die Durchsetzung reaktionärer politischer Strategien. Ein herausragendes Ergebnis dieses Bestrebens war der von Monopolen und Unternehmerverbänden direkt betriebene Sturz der sozialdemokratisch geführten Schmidt-Regierung und deren Ersetzung durch eine Regierung der politischen Reaktion, die willens und fähig war, die Kapitalinteressen auch in offener Konfrontation gegen die Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen durchzusetzen.

Das signalisiert strategische Überlegungen innerhalb des Finanzkapitals, die im wesentlichen nicht mehr von einer Einbindung der Gewerkschaften in die bürgerliche Politik ausgehen, sondern statt dessen auf einen Kurs offener Konfrontation setzen. Angestrebt wird mit dieser Strategie die nachhaltige Schwächung — wenn nicht Zerschlagung — der Gewerkschaften, um letztere als Kampforganisationen der Arbeiterklasse aktionsunfähig zu machen, um das System der kollektiven Tarifverträge auszuhebeln und zu zerstören und so die Werktätigen schutzlos den Diktaten des Kapitals zu unterwerfen.

Im Rahmen dieser Strategie versucht die Reaktion, Spaltungslinien zwischen einzelnen Teilen der Werktätigen aufzureißen, um sie gegeneinander auszuspielen. Das gilt insbesondere für die unter dem Stichwort einer angeblichen »Überfremdung Deutschlands« von Reaktion und offen faschistischen Gruppierungen gemeinsam betriebene Hetze gegen die ausländischen Arbeiter. Sie sollen angesichts der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit und anderer Krisenerscheinungen als Sündenböcke fungieren; gleichzeitig dient diese gezielt geschürte Ausländerhetze der Mobilisierung nationalistischer Stimmungen. Die angestrebte völlige Entrechtung der ausländischen Kollegen schließlich soll nicht zuletzt auch den Boden bereiten für die weitere Entrechtung der Arbeiterklasse insgesamt.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Spaltungsstrategie zielt auf die gesellschaftliche Rolle der Frauen ab. Unter dem Stichwort der »Doppelverdienerschaft« und mit dem Wiederbeleben der Mütterlichkeits-Ideologie sollen Frauen aus der Erwerbstätigkeit

herausgedrängt werden und sich im Rahmen der Familie verstärkt sozialen Aufgaben widmen, die auf diese Weise aus der Verantwortung des Staates zurück in die Familien verlegt werden.

Frauen fungieren im Kapitalismus als industrielle Reservearmee. Entsprechend dem Arbeitskräftebedarf der Unternehmer werden sie in Perioden starker Ausweitung der Produktion zwar verstärkt zum Eintritt in das Erwerbsleben bewegt, aber in Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit unter großem Druck aus dem Erwerbsleben gedrängt. Frauenlöhne sind niedriger als Männerlöhne, und die Arbeitsmöglichkeiten von Frauen sind im allgemeinen nur auf bestimmte Berufe beschränkt. Diese besonders gedrückte ökonomische Stellung der Frau ist nur möglich, weil die bürgerliche Gesellschaft die historisch vorgefundene gesellschaftliche Unterdrückung der Frau fortsetzt, zum Teil entsprechend den kapitalistischen Herrschafts- und Gewinninteressen modifiziert.

Nach wie vor wird die Rolle der Frau vor allem in den Schranken der Familien definiert, wo sie durch unbezahlte und gering geschätzte Arbeit vor allem die gesellschaftlich »bedeutende« Tätigkeit der Männer zu ermöglichen haben. In allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft existiert die Vorherrschaft des Mannes über die Frau: Ungleichstellung im politischen Leben und in der Öffentlichkeit, rechtliche und soziale Benachteiligung, ökonomische Abhängigkeit vom Mann, Gewalt gegen Frauen, sexistische Diskriminierung — die Unterdrückung der Frau erfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Für die Entwicklung des Industriekapitalismus in unserem Land ist kennzeichnend, daß er die Jugend aller Klassen und Schichten für einen immer längeren Zeitraum aus dem Arbeitsprozeß heraushält, so daß insbesondere für die Arbeiterjugend eine längere Jugendphase in ihrem Leben Realität geworden ist. Doch dieser Prozeß geht nicht einher

- a) mit der Verbesserung der Schul- und Berufsausbildung für alle,
- b) mit mehr ökonomischer Unabhängigkeit für die Jugendlichen,
- c) mit der Anerkennung ihrer vollen »Mündigkeit« in allen

gesellschaftlichen Bereichen. Im Gegenteil, die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Katastrophe der Berufsausbildung (keine freie Wahl des Berufes, Ausbildung in Berufen ohne Zukunft, keine sinnvolle Ausbildung usw.), fehlendes Geld und fehlender Wohnraum, bringen immer mehr Jugendliche in ihrer Lebensplanung in Widerspruch zur gesellschaftlichen Realität. Die Jugend ist heute weitgehend aus den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgegrenzt, ihr wird das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Die bürgerliche Jugendideologie betrachtet die Jugend weiterhin als Erziehungsobjekt, die eine fremdbestimmte Rolle zu übernehmen hat. Immer mehr reagieren mit Verweigerung gegenüber dem Parteiensystem, ziehen sich in den Bereich der jugendlichen Alterskultur zurück oder versuchen durch Selbstinitiative und -aktion, sich einen »Freiraum« zu erkämpfen, worauf der Staatsapparat in der Regel mit zügelloser Härte reagiert.

Neben den Angriffen auf die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung greift die Reaktion auf breiter Front erkämpfte demokratische Rechte der Werktätigen an, versucht sie jede Form des Massenwiderstands gegen die Kapitalinteressen zu kriminalisieren. Damit einher geht der Ausbau der staatlichen Unterdrückungsapparate, deren Bewaffnung zu Bürgerkriegsarmeen, die Militarisierung der Gesellschaft und die Vervollständigung der lückenlosen Überwachung aller oppositionellen Regungen innerhalb der werktätigen Bevölkerung. So werden die Bedingungen dafür geschaffen, um — wie bereits mit den Notstandsgesetzen legalisiert — Massenaktionen gegen grundlegende Kapitalinteressen auch mit militärischer Gewalt niederschlagen zu können.

Ein für die Werktätigen besonders gefährlicher Weg der kapitalistischen »Krisenlösung« ist die in scharfem Tempo gesteigerte Aufrüstung. Während die Armut in der Bundesrepublik wächst, werden Jahr für Jahr zusätzliche Milliarden für die Bewaffnung der Bundeswehr und für die NATO ausgegeben. Die kapitalistischen Monopole sehen in den wachsenden staatlichen Rüstungsausgaben zunehmend eine für sie unverzichtbare Möglichkeit, um trotz verschlechterter Marktbedingungen weiter Höchstprofite

zu erzielen. Das Kapital drängt auf steigende Militärausgaben freilich auch zur Absicherung seiner weltweiten Interessen.

Der westdeutsche Imperialismus steht heute — wenige Jahrzehnte nach der Niederlage des deutschen Imperialismus in dem von ihm angezettelten Weltkrieg — in der Spitzengruppe der größten internationalen Ausbeuter. Es ist ihm gelungen, die Europäische Gemeinschaft unter seiner Vorherrschaft zu einem bedeutenden Machtzentrum auszubauen. Der westdeutsche Imperialismus ist weltweit einer der größten Exporteure von Industrieprodukten, einer der bedeutendsten internationalen Gläubiger und Kapitalexporthoren. Innerhalb der NATO ist er nach den USA eine der stärksten Militärmächte.

In einer Zeit global wirkender Krisenerscheinungen, wachsender Weltmarktkonkurrenz und zunehmender sozialer Erschütterungen sieht der westdeutsche Imperialismus in der Stärkung von Bundeswehr und NATO, in der engen Anlehnung an die USA die notwendigen Voraussetzungen dafür, um seine um die ganze Welt gespannten Interessen zu schützen und notfalls auch militärisch abzusichern und auszuweiten. Unter den Bedingungen der weltweiten Krise und der daraus resultierenden Probleme für den Kapitalprofit nimmt der Kampf der imperialistischen Mächte um Rohstoffe, Anlagemöglichkeiten für das Kapital und Einflußgebiete immer aggressivere Formen an.

In die Lösung seiner weltweiten Krise bezieht der Imperialismus auch die Möglichkeit der militärischen Eroberung der Länder des Warschauer Pakts, der VR China, u.a. ein, um seine Ausbeutungsquellen auszudehnen.

Seine aggressive Politik äußert sich zunächst in der wachsenden Tendenz zu lokalen Kriegen und zur Zerschlagung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, bzw. von Regierungen, die sich aus der Abhängigkeit vom Imperialismus gelöst haben.

Es wächst aber auch die Gefahr einer globalen Konfrontation und eines militärischen Konflikts zwischen den beiden Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt, und damit die Gefahr eines dritten imperialistischen Weltkriegs, der unweigerlich Europa zum zentralen Kriegsschauplatz haben und aller Voraussicht

nach in einer atomaren Katastrophe für die gesamte Menschheit enden würde.

Das wirksamste Mittel zur Verhinderung eines solchen Krieges sehen wir in der Ausweitung der sozialistischen Revolution. Wir unterstützen den antiimperialistischen Befreiungskampf in der 3. Welt wie in Nicaragua, befürworten, daß die Länder des Warschauer Pakts, VR China u.a. politisch und materiell diese Bewegungen gegen die imperialistische Aggression unterstützen. Wir wenden uns jedoch dagegen, daß an solche Hilfe Bedingungen geknüpft werden. Wir wenden uns gegen alle Versuche des Warschauer Pakts, der VR China u.a., revolutionäre Bewegungen zu bevormunden oder politisch zu unterdrücken, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verletzen oder militärische Aggressionen wie im Falle Afghanistan zu unternehmen.

Wir kritisieren die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, deren Funktion vor allem in der Disziplinierung und Unterdrückung der Bevölkerung und ihrer elementaren Freiheiten liegt. Wir kritisieren den Einsatz von Truppen des Warschauer Pakts gegen Aktionen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung wie in der CSSR 1968. Wir kritisieren die atomare Aufrüstung, die den Atomkrieg nicht verhindern hilft, sondern ihn wahrscheinlicher macht; die gegen den Willen und unter Ausschaltung der Bevölkerung passiert.

Wir unterstützen vor allem die Strömungen in der DDR, die zusätzlich zur Kritik am bürokratischen Regime festhalten an der Kritik der imperialistischen Aggression. Diese Strömungen ordnen sich nicht der offiziellen Propaganda unter. Sie kritisieren vielmehr die Politik der Regierungen der UdSSR, der DDR und der anderen Staaten des Warschauer Pakts:

- die Unterdrückung im Inneren, bei der die aggressive imperialistische Politik als Vorwand herhalten muß,
 - ihre Arrangements mit dem Imperialismus zur Aufrechterhaltung der eigenen Herrschaft auf Kosten der internationalen Arbeiterbewegung,
 - die Aufrüstung und Militarisierung in diesen Ländern.
- Dem halten wir die Verwirklichung der sozialistischen Demokra-

tie im eigenen Land und die Unterstützung revolutionärer, antiimperialistischer und antikapitalistischer Bewegungen entgegen.

Die weltweite Bedrohung der Arbeiter aller Länder und der Völker der Welt macht die Notwendigkeit eines die nationalen Grenzen überschreitenden gemeinsamen Kampfes der Ausgebeuteten und Unterdrückten besonders deutlich. Aber auch keines der anderen drückenden Probleme, mit denen die kapitalistische Entwicklung und die bürgerliche Politik heute die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin konfrontieren, ist ohne internationalen Zusammenhang.

Die Bourgeoisie versucht dabei in der Gestaltung der internationalen Beziehungen, die Werktätigen in Westdeutschland auf die Unterordnung unter die »nationalen Interessen« zu verpflichten, die in Wahrheit aber die Expansionsinteressen des Kapitals sind. Die Arbeiterklasse soll eine Verschärfung der Ausbeutung hinnehmen, um die »deutsche Wirtschaft« auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten. Die Arbeiterklasse soll einen aggressiven Kurs gegen die Länder der Dritten Welt unterstützen, um »unsere« Rohstoffzufuhren oder Absatzmärkte zu sichern. Die Arbeiterklasse soll schließlich die wahnwitzige atomare und konventionelle Hochrüstung und damit die Kriegsvorbereitungen akzeptieren, weil angeblich nur so das Überleben der Nation garantiert werden kann.

Jede Form der Unterordnung unter solche vermeintlich nationalen oder Gesamtinteressen kann jedoch nur zu einer Schwächung der Arbeiterbewegung und ihrer Kampffähigkeit, zu einer Stärkung der ihr feindlich gegenüberstehenden Macht des Kapitals führen. Nimmt die Arbeiterklasse in einem Land zur Unterstützung der Weltmarktoffensive »ihrer« Bourgeoisie Lohnsenkung, Massenentlassungen, Intensivierung der Arbeit usw. hin, so hat das nur eine Verallgemeinerung dieser verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen in allen auf dem Weltmarkt konkurrierenden Ländern zur Folge und wird als weitere Konsequenz in jedem einzelnen Land erneute Bestrebungen der Bourgeoisie einleiten, sich durch abermalige Verschärfung der Ausbeutung einen Konkurrenzvorsprung auf dem Weltmarkt zu sichern.

Die Arbeiterklasse in jedem einzelnen Land kann ihre Interessen nur im Kampf gegen die »eigene« Bourgeoisie durchsetzen, wobei das Ergebnis dieses Kampfes von den Erfolgen oder Niederlagen der Arbeiterbewegung in den anderen Ländern wesentlich mitbeeinflusst wird. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der internationalen Solidarität und der verstärkten internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Unabdingbar für die Verteidigung der Lebensinteressen der westdeutschen Arbeiterklasse und zur Förderung des weltweiten Kampfes gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg ist darüber hinaus die Unterstützung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in der dritten Welt und aller Bestrebungen, die auf eine Schwächung der imperialistischen Militärpotentiale gerichtet sind.

Daß der Kampf der Arbeiterklasse für ihre politische und soziale Befreiung in einem Land zum Sturz der imperialistischen Herrschaft führt, ist nur vorstellbar, wenn weltweit die Positionen des Imperialismus durch den Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker geschwächt und die gewaltigen Kräfte der internationalen imperialistischen Gegenrevolution zersplittert sind.

Wenn wir im folgenden unsere Vorstellungen über den Kurs der Arbeiterbewegung in Westdeutschland und Westberlin darlegen, dann im Bewußtsein dieses internationalen Zusammenhangs und Charakters des Kampfes der Arbeiterklasse.

Ohne politische Macht wird die Arbeiterklasse keine grundsätzliche Verbesserung ihrer Lage erreichen können

Im Streikkampf 1984 in der Metall- und Druckindustrie für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich trat die Bonner

CDU/CSU/FDP-Regierung offen als Arbeitskampftruppe der Unternehmer gegen die Arbeiter und Angestellten und die Gewerkschaften auf den Plan.

Die Belegschaften in der Werft- und Stahlindustrie, von Video-color und AEG u.a. sahen bzw. sehen sich in ihrem Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze nicht nur den Unternehmensvorständen, den Großbanken und den Kapitaleigentümern als Gegner gegenübergestellt, sondern auch der Bundesregierung und den Landesregierungen. Der Weigerung der Regierenden, den Erhalt der Arbeitsplätze gegen die kapitalistischen Profitinteressen mittels Verstaatlichung durchzusetzen, entspricht, daß die Arbeitsplatzvernichtung in erheblichem Umfang auch noch aus Steuermitteln subventioniert wird.

Mit der Stationierung der Pershing II wurde im Herbst 1984 kompromißlos begonnen, obwohl es der Friedensbewegung gelungen war, eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für ein Nein zur Stationierung zu gewinnen.

Notstandsgesetze, Berufsverbote, Aufrechterhaltung des § 218, die reaktionären Ausländergesetze — demokratische Bewegungen haben auch dann, wenn sie große Teile der Bevölkerung für die Unterstützung ihres Anliegens gewinnen konnten, erfahren, daß die staatliche Macht ihrerseits mit direkten Unterdrückungsmaßnahmen reagierte, andererseits nach dem Motto verfuhr »ihr demonstriert, wir entscheiden«.

Die Umweltschutzbewegung mußte im Kampf gegen das Bonner Atomenergieprogramm oder auch gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens erleben, daß Bundes- und Landesregierungen eher bürgerkriegsähnliche Zustände in Brokdorf, Grohnde, Gorleben, am Frankfurter Flughafen u.a. herbeiführten, als zuzulassen, daß eine Frage wie die der Atomenergie, die die Wirtschaftsinteressen mächtigster finanzkapitalistischer Kreise berührt, zum Gegenstand tatsächlicher demokratischer Willensbildung und Entscheidung des Volkes wird.

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Bewegungen im Kampf für aktuelle Forderungen, die noch keineswegs grundsätzlich antikapitalistisch waren, haben

gezeigt, daß in einer Gesellschaft, in der weitgehend alles den Gesetzen des Kapitalprofits unterworfen ist, auch die Staatsgewalt nicht vom Volke ausgeht. Das bürgerlich-parlamentarische System in der Bundesrepublik und Westberlin räumt der Bevölkerung zwar gewisse Rechte und Freiheiten ein, wenn auch mit erheblichen Beschränkungen, schließt aber zugleich jede effektive politische Einflußnahme der Arbeiterklasse und der großen Bevölkerungsmehrheit aus.

In der CDU/CSU, der FDP und auch in der SPD geben die ausschlaggebenden Kreise der Bourgeoisie durch ihre politischen Gewährsmänner und durch ihre Finanzkraft den Ton an, wenn auch das große Kapital in der SPD personell deutlich geringer vertreten ist als in den Unionsparteien und der FDP. Unter der parlamentarischen Oberfläche setzen sich — im Normalfall jeder öffentlichen Diskussion und Kontrolle entzogen — die Unternehmerorganisationen und besondere Interessen großer Konzerne und Finanzgruppen als bestimmende Faktoren der Regierungspolitik und Gesetzgebung im allgemeinen sicher durch.

Je größer für die herrschende Klasse der von der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung ausgehende Problemdruck wird, um so enger wird der Spielraum für Reformen, um so rücksichtsloser tritt das Kapital für seine Interessen ein.

Dabei zeichnen sich verschiedene, von taktischen Erwägungen bestimmte Varianten bürgerlicher Politik ab: von der offenen Konfrontation mit den Gewerkschaften, die verbunden ist mit der Erzeugung einer aggressiven Stimmung gegen die organisierte Arbeiterbewegung, über den Versuch, demokratische Rechte systematisch abzubauen, bis hin zum Versuch vor allem seitens der Großindustrie, die Gewerkschaften zu spalten und die kämpferischen Kräfte in ihr politisch zu isolieren.

Die Offensive der Unternehmerverbände und der unionsgeführten Bundesregierung gegen die IG Metall und die IG Druck & Papier 1984 beim Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich war vor allem vom Versuch geprägt, die Gewerkschaften zu spalten und eine Einheitsfront für die 35-Stunden-Woche zu verhindern. Die aggressive antigewerkschaftliche Stra-

ategie dagegen hat ihre Basis vor allem in bestimmten Teilen der Mittelschichten, die etwas besitzen oder glauben, etwas zu besitzen. Ihnen wird der gewerkschaftliche Kampf als schädlich für das »Gemeinwohl«, als partikularistisches Interesse und als eigentliche Ursache für Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit hingestellt.

Die Opposition der Sozialdemokratie gegenüber diesem Erstarren reaktionärer Tendenzen in den Unternehmerverbänden und im konservativen Lager drückt sich vor allem im sozialdemokratischen Auftreten gegen den »Klassenkampf von oben« aus. Die SPD setzt dem reaktionären Programm rücksichtsloser Durchsetzung kapitalistischer Interessen keineswegs die Forderung entgegen, daß die Regierungspolitik die Interessen der Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen und Armen verwirklichen soll.

Ob als Regierungs- oder Oppositionspartei geht es der SPD darum, in der Sicht ausschlaggebender Kapitalkreise als Regierungspartei akzeptabel zu sein. In der Auseinandersetzung um die Regierungspolitik bedeutet das, daß vom Erhalt des kapitalistischen Systems und von der Wahrung der imperialistischen Interessen ausgegangen wird. In den 16 Jahren ihrer Regierungsbeteiligung von 1966 bis 1982 wurde das besonders deutlich durch die Mitverabschiedung der Notstands- und Antiterrorgesetze, den Radikalenerlaß und der Politik zur Stärkung der NATO.

Dieses Streben, vom Kapital als mögliche Regierungspartei akzeptiert zu werden, ist unvereinbar mit der offensiven Vertretung von Arbeiterforderungen. Die SPD setzt der konservativ-reaktionären Variante bürgerlicher Regierungspolitik statt dessen die Forderung entgegen, daß die Regierungspolitik auch unter Krisenbedingungen den »sozialen Frieden« wahren, durch kalkulierte Zugeständnisse um die Tolerierung durch die Gewerkschaften bemüht sein soll, um eine Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen zu vermeiden.

Je mehr der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sich objektiv verschärft, je weniger die Kapitalisten die Wahrung des »sozialen Friedens« als vorrangiges politisches Ziel betrachten,

desto deutlicher wird der Widerspruch der sozialdemokratischen Ideologie und Propaganda zur Realität.

Desto gefährlicher und desorientierender wirkt sich der sozialdemokratische Einfluß in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aus: die Angriffe des organisierten Unternehmertums und der politischen Reaktion auf die ökonomische Lage, die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterklasse, auf die gewerkschaftlichen Positionen nehmen an Heftigkeit und Aggressivität zu, aber der sozialdemokratische Einfluß ist bemüht zu verhindern, daß die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften mit der notwendigen Härte und Entschiedenheit den Kampf gegen Kapital und Reaktion führen.

Wo die Bewegungsgesetze des Kapitalismus unvermeidlich zu einer Verschärfung und Zuspitzung des Klassenwiderspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie führen, kann die sozialdemokratische Orientierung der Gewerkschaften auf die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kapital bzw. mit »vernünftigen« Teilen der herrschenden Klasse nur auf die Entwaffnung der Gewerkschaften gegenüber den Angriffen von Kapital und Reaktion, auf die Zersetzung ihrer Kampfkraft, auf eine Politik der Kapitulation hinauslaufen.

Vor allem gestützt auf die offen reaktionären Parteien unterwirft das Finanzkapital den Staatsapparat immer direkter seinen Interessen. Staat und Regierung treten massiver gegen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften, gegen alle fortschrittlichen Bewegungen in Aktion. Aber die Sozialdemokratie wiederholt beharrlich die Forderung nach Neutralität des Staates in den Klassenauseinandersetzungen.

Wann aber war diese Forderung mehr als Phrase? Wem haben Staatsmacht und Regierungspolitik in den Jahren der sozialdemokratisch geführten Bonner Kabinette gedient, wenn nicht den Kapitalinteressen? Warum sonst sahen sich in der Endphase der sozialdemokratisch geführten Regierung Schmidt selbst die sozialdemokratisch dominierten DGB-Gewerkschaften zum Protest gegen die Politik des Sozialabbaus gezwungen?

Mit der Zuspitzung der wirtschaftlichen Krisenprobleme sehen

sich die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften — sehr im Gegensatz zur Illusion vom klassenmäßig unparteiischen Staat — selbst im Kampf für einfache ökonomische Forderungen zusehends mit Regierung und Staat konfrontiert, wird selbst der Kampf für einfache ökonomische Verbesserungen der Lage der Arbeiter und Angestellten zu einer Frage des politischen Kräfteverhältnisses.

Die Diskreditierung des Sozialismus als einzige Lösung der kapitalistischen Krise hat dazu geführt, daß das Ziel der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr im breiten Bewußtsein der Arbeiterklasse gegenwärtig ist. Revolutionäre Sozialisten stehen daher vor dem Problem, anknüpfend am bestehenden Bewußtsein und an den aktuellen Tagesforderungen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit einer sozialistischen Lösung und der politischen Machteroberung vermitteln zu müssen. Dies geht nicht durch papierene Propaganda. Es müssen praktische Kämpfe um Forderungen organisiert werden, die auf die wirkliche Lösung der dringendsten Probleme abzielen und damit auf die Grenzen des bestehenden Systems stoßen. Aktionsformen, die auf breitestmögliche Mobilisierung und tatsächliche Durchsetzung solcher Forderungen ausgerichtet sind, werden zumindest ansatzweise die bürgerliche Herrschaft und Verfügungsgewalt in Frage stellen.

So bedeutet die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen, verbunden mit dem Kampf um den Erhalt aller Arbeitsplätze und für entsprechende Neueinstellungen, daß dem Kriterium des Profits das Kriterium der Solidarität entgegengesetzt wird. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist erst gelöst, wenn die vorhandene Arbeit auf alle verteilt und nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen gestaltet wird. Im Kapitalismus, zumal in der Krise, kann dies nicht realisiert werden. Ähnlich bedeutet es einen Ansatz zur Infragestellung der kapitalistischen Verfügungsgewalt, wenn für Verstaatlichungen gekämpft wird in Verbindung mit ausgedehnten Kontroll- und Vetorechten für die Belegschaften.

Darum kann die Arbeiterklasse letztlich keinen wirksamen Kampf für ihre wirtschaftlichen und sozialen Belange führen,

wenn sie nicht zugleich bestrebt ist, sich politischen Einfluß zu verschaffen. Dabei muß die Arbeiterbewegung entschlossen gegen den Formierungsprozeß der reaktionärsten, gegenüber der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften am feindseligsten auftretenden Kräfte, insbesondere gegen die Ausübung der Regierungsmacht durch sie kämpfen. Daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen die politische Reaktion und die Gefahr des Faschismus über alle politischen und organisatorischen Spaltungen hinweg zu einer Einheitsfront findet, ist eine wirkliche Lebensfrage für die Arbeiterbewegung. Passivität, Handlungsunfähigkeit der Arbeiterbewegung in dieser Frage führen dazu, daß jene Bestrebungen innerhalb der herrschenden Klasse ermutigt und gestärkt werden, die von den konservativ-reaktionären oder gar faschistischen Kräften die erfolgreiche Ausschaltung des gewerkschaftlichen, demokratischen, antimilitaristischen und sozialen Widerstandspotentials erwarten.

Unverzichtbar für die Einheit der Arbeiterklasse wird auch der Kampf gegen die Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen sein. Je ernsthafter die Arbeiterklasse diesen Kampf unterstützt und selbst führt, um so eher wird sie die in der doppelten Unterdrückung der Frauen liegende Spaltung der Arbeiterklasse überwinden.

Die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen beschränkt sich jedoch nicht allein darauf, daß sie im Erwerbsleben am schlechtesten bezahlt werden und, indem sie aus der Erwerbstätigkeit hinausgedrängt oder auf Teilzeitarbeit reduziert werden, ihnen eine unabhängige materielle Existenz verweigert wird. Frauenunterdrückung gibt es auch innerhalb der Arbeiterbewegung: sie schlägt sich nieder in der tagtäglichen Diskriminierung in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Gewalt gegen Frauen in der Ehe, in der sexuellen Unterdrückung. Durch die Familie wird Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen institutionalisiert. Frauenunterdrückung ist allgegenwärtig. Sie hat ihre Wurzeln nicht allein in der kapitalistischen Ausbeutung und dem Interesse des Kapitals an der Spaltung der Lohnabhängigen; sondern ebenso in der patriarchalischen Unterdrückung durch die Män-

ner.

Durch die politische Machteroberung des Proletariats wird die Frauenunterdrückung nicht von selbst aufgehoben — vielmehr müssen auch in einer sozialistischen Gesellschaft bewußte Anstrengungen unternommen werden, damit Frauen auf allen Ebenen gleichberechtigt an der Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen und über sie bestimmen können. Dies ist gemeint mit der Formel »Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau — keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus«.

Wir unterstützen den Aufbau einer autonomen Frauenbewegung, die sämtliche Formen der Frauenunterdrückung aufgreift und sich sowohl innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung bildet wie auch außerhalb von ihr. Nur die breitestmögliche Selbstorganisation von Frauen — im Bündnis mit der Arbeiterbewegung — garantiert letztlich ihre Befreiung.

Wir verstehen den Aufbau einer autonomen Frauenbewegung daher als einen strategischen Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus. Wir setzen uns für ihr Fortbestehen auch nach der proletarischen Machteroberung ein.

Im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit, gegen Lohn- und Sozialabbau, gegen Hochrüstung und imperialistische Kriegspolitik, gegen den Abbau demokratischer Rechte und fortschreitender Umweltzerstörung braucht die Arbeiterbewegung das Bündnis mit den sozialen Bewegungen, ebenso wie diese das Bündnis mit der Arbeiterbewegung benötigen. Die grundlegenden Ziele dieser Bewegungen (weltweiter Friede, Beendigung jeglicher Umweltzerstörung, Beendigung jeglicher Frauenunterdrückung) können letztlich nur durch dieses Bündnis erreicht werden. Bei ihrem Engagement in den sozialen Bewegungen muß die Arbeiterbewegung berücksichtigen, daß sie sich ihre eigenen Organisationsformen und Führungen schaffen; sie leisten einen eigenständigen Beitrag im Kampf gegen die Krise des Kapitalismus.

Der unverzichtbare Kampf um Einflußnahme auf die staatliche Politik, das Streben der Arbeiterbewegung nach einer Regierung, die sich ernsthaft um die Lösung der die Arbeiterklasse drücken-

den Probleme bemüht, wird aber seine Grenze darin finden, daß die politische Macht der Kapitalistenklasse (letztendlich) nicht auf Wahlen, parlamentarischen Mehrheiten und darauf gestützten Regierungen beruht.

Die Klasse der Kapitalisten ist in der bürgerlichen Gesellschaft politisch herrschend, weil sie die ökonomisch herrschende Klasse ist. Dadurch, daß die Kapitalisten über die Betriebe und Produktionsanlagen verfügen, praktisch die gesamte Volkswirtschaft kontrollieren, sind alle anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft von ihnen abhängig. Infolge dieser übermächtigen Stellung in der Gesellschaft übt das große Kapital den entscheidenden Einfluß auf die ausschlaggebenden Sektoren des Staatsapparats aus: auf die Spitzen der staatlichen Bürokratie, der Justiz, von Polizei und Armee vor allem.

Eben das versetzt die maßgeblichen finanzkapitalistischen Kreise in die Lage, selbst eine möglicherweise bestehende Mehrheit im Bundestag auszuschalten, um einer ernsthaften Bedrohung ihrer Klassenherrschaft durch die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte des Volkes gewaltsam zu begegnen — vom gezielten Terror gegen die Kader der Arbeiterbewegung bis zum inneren Notstandseinsatz von Polizei und Armee gegen die Arbeiterklasse und jeden Widerstand.

Das Streben der Arbeiterklasse nach politischer Macht aber führt nach allen historischen Erfahrungen an einen Punkt, an dem das bürgerliche System seinen Charakter als Gewaltherrschaft des Kapitals offen enthüllt und der Arbeiterklasse, den fortschrittlichen Kräften nur die Alternative läßt, entweder vor der Gewalt der kapitalistischen Reaktion zu kapitulieren und sich ihrem Diktat zu unterwerfen oder sich zur politischen Revolution zu erheben, um die bürgerliche Herrschaft gewaltsam zu stürzen und die politische Macht zu erobern.

Für Freiheit und Arbeitermacht

Indem die Arbeiterklasse diese politische Revolution zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft durchführt, gewinnt sie nicht nur

die Möglichkeit, eine Regierung in ihrem Interesse zu installieren. Sie schafft damit vor allem die Voraussetzung dafür, als Klasse die politische Macht zu übernehmen und zu behaupten, um sich endgültig von politischer Unterdrückung zu befreien und jene soziale Umwälzung der Gesellschaft einzuleiten, die das System der Lohnarbeit und jede Form der Ausbeutung beseitigen wird.

Dazu kann die Arbeiterklasse nicht die Institutionen des bürgerlichen Staates (Regierung, Parlament, Verwaltung, Justiz) verwenden. Sie muß sich auf ihre eigenen Organisationen und auf die fortgeschrittenen Formen der Selbstorganisation der Unterdrückten stützen. Deren Zweck besteht dann nicht mehr allein in der Führung eines Abwehrkampfes, sondern sie übernehmen zunehmend Aufgaben, die sonst vom bürgerlichen Staat bzw. der bürgerlichen Klasse übernommen werden.

An welchen politischen Fragen und in welchen Formen (ob ausgehend von Vertrauensleutekörpern oder Betriebsräten oder ob in Form von Räten, o.a.) sich solche Organe der proletarischen Gegenmacht entwickeln, kann beim heutigen Stand der Klassenkämpfe nicht vorhergesagt werden. Festgehalten werden kann nur, daß aller historischen Erfahrungen nach solche Organe der Gegenmacht das Fundament des neuen Arbeiterstaates bilden. Revolutionäre Sozialisten haben die Aufgabe, solche Organe zu fördern, für ihr demokratisches Funktionieren einzutreten, für ihre Zentralisierung, und innerhalb dieser Organe eine Mehrheit für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und für die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates zu gewinnen.

Durch die Verwirklichung und Behauptung der demokratischen Macht der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und Westberlin wird es möglich sein, unverzüglich jenen radikalen Umschwung auf allen Gebieten der Politik einzuleiten, für den sich bereits heute unter kapitalistischen Bedingungen Millionen von Menschen aktiv einsetzen.

Ein radikaler gesellschaftlicher und politischer Umschwung wird sich vor allem in den folgenden Maßnahmen niederschlagen:

- Sofortige Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Verwirklichung des Rechts auf Arbeit durch die drastische Verkürzung der

Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich und durch beschäftigungspolitische Maßnahmen.

- Die Schaffung aller politischen und rechtlichen Voraussetzungen, die es der Arbeiterklasse ermöglichen, sich von Ausbeutung zu befreien, das System der Lohnarbeit zu beseitigen und die Leitung der gesamten Volkswirtschaft im Interesse der Gesellschaft zu erlangen.

Das setzt vor allem die Enteignung der Kapitalisten, die Umwandlung der Industriebetriebe und Banken, der Versicherungen und großen Handelsunternehmen, des Grunds und Bodens in Gemeineigentum voraus.

- Sozialpolitische Maßnahmen, die sicherstellen, daß alle Menschen — auch im Fall von Alter, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit — frei von wirtschaftlicher Not menschenwürdig leben können.
- Sofortige Abschaffung aller Gesetze, die Frauen benachteiligen und unterdrücken; Verbot jeglicher Diskriminierung der Frauen; Maßnahmen, die durch Bevorzugung der Frauen bzw. Mädchen die Gleichstellung der Frau in Bildung und Beruf verwirklichen. Die Gleichberechtigung der Frauen erschöpft sich im Sozialismus nicht darin, daß alle Frauen in den Produktionsprozeß einbezogen werden.

Durchsetzung eines gesellschaftlichen Selbstbestimmungsrechts für die Jugend. Das heißt, Befreiung der Jugend aus ihrer dreifachen Unmündigkeit: a) ökonomisch, b) gesellschaftlich, c) juristisch. Insbesondere: Erziehung und Befähigung der Kinder und Jugendlichen zur Selbstbestimmung; vollständige rechtliche Gleichstellung der Jugendlichen; Mitentscheidungsrecht in allen gesellschaftlichen Bereichen; Bereitstellung aller gesellschaftlichen Mittel für eine umfassende, qualifizierte, sinnvolle Schul-, Berufs- und Weiterbildung für alle; staatliche Garantien für eine unabhängige Existenz von den Eltern und für die Entwicklung neuer Lebensformen; Förderung und Weiterentwicklung der selbständigen Jugendbewegung.

- Anerkennung der Tatsache, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist und auf dieser Grundlage die völlige soziale und

rechtliche Gleichstellung der hier lebenden Ausländer, wobei ihnen die westdeutsche Staatsbürgerschaft gewährt wird, ohne daß sie ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft aufgeben müssen. Bekämpfung aller Äußerungsformen der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus.

- Angesichts der fortgeschrittenen Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen Einleitung einer umfassenden Sanierung der Umwelt durch ein Sofortprogramm der dringenden Umweltmaßnahmen.

- Vollständiger Bruch mit der imperialistischen Kriegspolitik und dem Rüstungswahnsinn. Auflösung der Bundeswehr als imperialistischer Armee und Verwirklichung der Volksbewaffnung. Die Beseitigung aller atomaren und sonstigen Massenvernichtungswaffen in der Bundesrepublik und Westberlin, die Erklärung des gesamten Staatsgebiets zur atomwaffenfreien Zone, die Erzwingung des Abzugs der US-amerikanischen und aller anderen ausländischen NATO-Truppen, vor allem der Austritt aus dem imperialistischen Kriegspakt NATO und die Erklärung der Neutralität würden nicht nur grundlegende Forderungen aus der Friedensbewegung endlich verwirklichen, sondern auch in Europa und weltweit die Bedingungen des Kampfes gegen die Gefahr eines dritten imperialistischen Weltkriegs wesentlich verbessern.
- Die Aufhebung der imperialistischen Beziehungen des westdeutschen Kapitals zu den halbkolonialen Ländern ist eine zentrale Aufgabe der westdeutschen Revolution. Das bedeutet: Annulierung aller Schulden von halbkolonialen Ländern, Übergabe von Eigentum des westdeutschen Kapitals in diesen Ländern an die jeweiligen Nationen, tatkräftige materielle Hilfe beim Aufbau der halbkolonialen Länder — kurz ein Beitrag zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

- Das Problem der wachsenden Kriegsgefahr in Deutschland, wo die von den USA beziehungsweise der UdSSR dominierten aggressiven Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt aneinanderstoßen, ist eng mit der Frage der Spaltung der deutschen Nation in zwei deutsche Staaten und Westberlin als besondere politische Einheit verbunden. Im Interesse der Arbeiterklasse in

Westdeutschland und Westberlin und der Arbeiterklasse in der DDR ist es, daß das Problem der deutschen Spaltung aufhört, Anlaß zu revanchistischer Kriegshetze zu sein. Die sofortige bedingungslose völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Null- und Nichtig-Erklärung des Münchner Abkommens von Anfang an, die uneingeschränkte Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, vor allem der polnischen Westgrenze, gehören darum unverzichtbar zu den friedenspolitischen Sofortmaßnahmen der Arbeitermacht.

Die nationale Frage in Deutschland ist damit nicht endgültig gelöst. Die Frage der Wiedervereinigung der Bundesrepublik, Westberlins und der DDR kann im Interesse der arbeitenden Menschen niemals im Sinne einer aggressiven, die staatliche Souveränität der DDR infragestellenden Politik aufgeworfen werden. Sie stellt sich erst neu, wenn in Westdeutschland, in Westberlin und in der DDR die Arbeiter die politische Macht erobert haben und sich in demokratischer Selbstbestimmung für oder gegen eine Wiedervereinigung entscheiden.

Ihren Aufstieg von der beherrschten zur herrschenden Klasse kann die Arbeiterklasse nicht verwirklichen, wenn sie dabei stehen bleibt, eine Regierung gegen eine andere auszutauschen. Sie kann nur erneuten politischen Entrechtung nur entgehen, wenn sie das entscheidende Instrument zu ihrer politischen Niederhaltung, den bürgerlichen Staatsapparat, der mit seinem wuchernden Bürokratismus, seinem hierarchisch-zentralistischen Aufbau, dem gewaltigen stehenden Heer, dem Polizei- und Justizapparat auf die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der großen Mehrheit des Volkes berechnet ist, von Grund auf zerstört.

Sie kann auch nicht dulden, daß sich nach dem Sturz der bürgerlichen Macht politische Verhältnisse herausbilden, wie sie heute in der DDR, der Sowjetunion und den anderen Ländern des Warschauer Pakts bestehen, wo ein von den Volksmassen losgelöster und ihrem Einfluß weitgehend entzogener Staatsapparat alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kontrolliert und als Machtmittel und Unterdrückungsinstrument fungiert.

Die Arbeiterklasse muß nach dem Sturz der bürgerlichen

Macht vielmehr sicherstellen, daß der entscheidende politische Einfluß tatsächlich bei den arbeitenden Massen verbleibt und nicht erneut an eine kleine herrschende Minderheit übergeht.

Deshalb sind für die Arbeiterklasse jene Grundrechte unverzichtbar, die es ihr erlauben, den Kampf für ihre Interessen und Forderungen frei von staatlichen Verboten und Beschränkungen — wenn nötig auch gegen den Arbeiterstaat — zu führen. Statt diese Grundrechte, wie in der DDR und den anderen Ländern des Warschauer Vertrags geschehen, faktisch für überflüssig zu erklären und außer Kraft zu setzen, geht es im Gegenteil darum, sie nach der Eroberung der Arbeitermacht von allen Einschränkungen und Verstümmelungen, denen sie unter dem kapitalistischen Diktat in der bürgerlichen Gesellschaft unterliegen, zu befreien, um sie völlig uneingeschränkt für die Arbeiterklasse zu verwirklichen: Meinungs- und Pressefreiheit, Organisations-, insbesondere Gewerkschaftsfreiheit, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, Streikrecht — ohne eine vollständige Verwirklichung dieser demokratischen Grundrechte für die Arbeiterklasse ist eine tatsächliche politische Macht der Arbeiterklasse nicht vorstellbar.

In der Verwirklichung dieser demokratischen Grundrechte — die ja nur die reale Einlösung der bereits in der bürgerlichen Gesellschaft proklamierten Freiheitsrechte bedeutet — kann sich die Arbeitermacht jedoch nicht erschöpfen. Es geht vielmehr wesentlich darum, daß die Arbeiter und Angestellten aus bislang Regierten zu wirklich massenhaft Regierenden werden können. Dazu muß in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen Schritt für Schritt das Prinzip der Selbstverwaltung und der Selbstregierung durchgesetzt werden.

Zwar wird die Verwirklichung der politischen Macht der Arbeiterklasse ein bestimmtes notwendiges Maß an zentralisierter staatlicher Organisation erfordern. Wo es aber nicht mehr — wie in der bürgerlichen Gesellschaft — darum geht, der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung den politischen Willen einer kleinen ausbeuterischen Minderheit aufzuzwingen, verliert sich für viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auch die Notwendigkeit

zentralistischer Entscheidungen und Vorschriften, der gänghen Einmischung zentralstaatlicher Instanzen, weil die fraglichen Probleme von den unmittelbar betroffenen Menschen gemeinsam beraten, demokratisch entschieden und praktisch gelöst werden können.

Um zu gewährleisten, daß der Arbeiterstaat tatsächlich den politischen Willen der Arbeiterklasse ausdrückt und diesem Willen auch unterworfen bleibt, ist es notwendig, den bürgerlichen Parlamentarismus mitsamt der für ihn kennzeichnenden Trennung zwischen gesetzgebender, ausführender und richterlicher Gewalt aufzuheben und Formen einer höheren, einer direkten Demokratie zu entwickeln, die den Werktätigen den unmittelbaren Einfluß auf alle Bereiche der Staatstätigkeit ermöglichen.

Das System des bürgerlichen Parlamentarismus — wie es in der Bundesrepublik besteht — ist gerade darauf berechnet, einen solchen Einfluß nahezu vollständig auszuschalten. Die Aufstellung der Kandidaten für die parlamentarischen Vertretungskörperschaften ist wesentlich ein Monopol der Parteien und nicht Sache der Wähler selbst. Die gewählten Abgeordneten sind nicht ihren Wählern verantwortlich und auf die Umsetzung des Wählerwillens verpflichtet, sondern faktisch abhängig von den Parteizentralen bzw. von Konzernen und kapitalistischen Interessengruppen, auf deren Gehaltslisten sie stehen. Den parlamentarischen Vertretungsorganen schließlich ist keine Möglichkeit einer wirklichen Einflußnahme auf die Regierungstätigkeit gegeben; sie sind sogar weitgehend der Möglichkeit beraubt, die Regierungen und die diesen unterstellten bürokratischen Apparate auch nur zu kontrollieren.

Noch vollständiger ist die richterliche Gewalt — die etwa in Form des Bundesverfassungsgerichts in bedeutendem Maße in die Politik eingreift — jeglicher Kontrolle durch die Parlamente oder gar durch das Volk selbst, den angeblichen Souverän, entzogen. Alle Regelungen, die, wie beispielsweise Volksabstimmungen, bestimmte Entscheidungen der Regierungsorgane unmittelbar an den Wählerwillen binden, sind gerade im parlamentarischen System der Bundesrepublik ausdrücklich nicht, oder nur in unbe-

deutendem Maße vorgesehen. So garantiert dieses System insgesamt, indem es die Volksmassen von der Einflußnahme auf die staatlichen Organe nachdrücklich ausschließt, die Kontrolle und Indienstnahme dieser Organe durch die herrschende Kapitalistenklasse mittels finanzieller oder politischer Beeinflussung der Regierungen, der bürokratischen Spitzen, der Parteizentralen usw.

Direkte Demokratie bedeutet mit der Aufhebung des bürgerlichen Parlamentarismus nicht die Aufhebung von Vertretungsorganen überhaupt. Direkte Demokratie steht auch im scharfen Gegensatz zu den perversierten Formen einer angeblichen Volksherrschaft in den Ländern des Warschauer Vertrags, mit denen in Wahrheit die weitgehende Entrechtung und Entmündigung der werktätigen Massen betrieben wird. Der Inhalt der direkten Demokratie besteht vielmehr in der Sicherstellung einer unmittelbaren und ausschließlichen Unterordnung aller Organe des Staates und dessen Repräsentanten unter den mittels Wahlen oder Volksabstimmungen zum Ausdruck gebrachten Willen der Massen.

Die Werktätigen wählen ihre Vertreter in direkter und geheimer Wahl in die staatlichen Organe. Die Abgeordneten sind dabei an den Auftrag ihrer Wähler gebunden und von diesen jederzeit abwählbar. Sie werden, um die Gefahr des eigensüchtigen Karrierismus einzudämmen, nur mit dem durchschnittlichen Arbeiterlohn bezahlt. Die so gebildeten Vertretungsorgane nehmen zugleich die gesetzgebenden oder beschließenden Funktionen wie auch die ausführenden oder Regierungsfunktionen wahr, um zu gewährleisten, daß gerade die Träger der letztgenannten Funktionen auf allen staatlichen Ebenen an den Wählerwillen gebunden sind und sich nicht in nur gegenüber höheren Organen verantwortliche, durch die Werktätigen selbst aber unkontrollierbare Bürokraten verwandeln.

Die Organe der Selbstverwaltung mit umfassenden Aufgaben (politische, wirtschaftliche, militärische, soziale) ersetzen nach und nach staatliche Organe. Frühere Machtfunktionen des Staates werden in die Gesellschaft zurückgenommen; aus der Herr-

schaft über Menschen wird die Verwaltung von Sachen durch die Menschen. In diesem Sinne stirbt der Staat ab.

Das Berufsbeamtentum als Form der Privilegierung einer bestimmten vom Volk abgehobenen Schicht aus Staatsbediensteten wird aufgehoben; die Träger staatlicher Funktionen — soweit sie nicht gewählt sind — werden in einfache Angestellte des

Arbeiterstaats verwandelt. Richter und Staatsanwälte werden ebenso wie die Angehörigen der Vertretungsorgane vom Volk gewählt, sind ihren Wählern verantwortlich, jederzeit absetzbar und nach dem durchschnittlichen Arbeiterlohn zu bezahlen. Staat und Kirche werden getrennt bei Garantie der uneingeschränkten Religionsfreiheit. Die Gewerkschaften müssen vom Staat vollständig unabhängig sein. Direkte Demokratie ist keine Parteiendemokratie, in der die Parteien das faktische Monopol für das Aufstellen von Kandidaten für die Vertretungskörperschaften haben. Der demokratische Arbeiterstaat aber muß, um die freie politische Willensbildung der Werktätigen zu verwirklichen, zugleich die legale Existenz und Tätigkeit aller politischen Parteien verwirklichen, solange sie die sozialistische Legalität anerkennen und in deren Rahmen arbeiten.

Macht und Freiheit der Arbeiterklasse haben zur grundlegenden Bedingung, daß die Arbeiterklasse ihren Kampf gegen die imperialistischen Kräfte, gegen die politische Reaktion, gegen alle Versuche der kapitalistischen Elemente, die politische Macht wieder an sich zu reißen, entschieden weiterführt.

Ohne Unterdrückung der Konterrevolution, ohne Ausübung der Diktatur des Proletariats gegen die Kräfte von Kapital und Reaktion kann die Arbeitermacht keinen Bestand haben. Es handelt sich dabei seinem Wesen nach um den Kampf der überwältigenden Mehrheit des Volkes gegen eine kleine Minderheit ehemaliger Ausbeuter oder anderer Parteigänger des kapitalistischen Unterdrückungssystems. Deswegen kann dieser Kampf wesentlich auch nicht die Form von Polizeiaktionen annehmen, sondern er wird sich als Aktion der werktätigen Massen selbst vollziehen.

Auch nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse bleiben noch Widersprüche und Interessengegen-

sätze bestehen. Deren Lösung setzt die breite Entfaltung von selbständigen Aktivitäten der Massen voraus. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung von Bewegungen wie etwa der Umwelt- oder Frauenbewegung.

Denn Macht und Freiheit der Arbeiterklasse im Sozialismus beinhaltet den Auftrag, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen anzuerkennen und die Frauen in ihrem Kampf, die gesellschaftliche Vorherrschaft des Mannes abzuschaffen, aktiv zu unterstützen. Das beinhaltet ein Infragestellen der Familie — der »Keimzelle« der alten Gesellschaftsordnung —, die die Stellung der Frauen und Kinder als unselbständige Wesen manifestiert. Es erfordert eine Sozialisierung der von den Frauen bisher unentgeltlich geleisteten Arbeiten im Bereich der Reproduktion, d.h. nicht nur weitestgehende Vergesellschaftung der Hausarbeit, sondern vor allem auch eine andere, ökonomisch unabhängige Stellung der Frauen, Jugendlichen und Kinder in der neuen Gesellschaft.

Für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft

Der Wunsch nach einem Leben in Wohlstand, ohne Angst um die eigene Existenz, ohne Angst um die Versorgung im Alter, mit der Gewißheit, daß die Zukunft der Kinder gesichert ist, ist in einem so reichen Land wie der BRD durchaus für alle Menschen zu verwirklichen. Wirtschaftskrisen sind vermeidbar, wenn die wirtschaftliche Entwicklung an der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse orientiert ist. Dazu ist es allerdings erforderlich, daß die Wirtschaft grundlegend umgestaltet wird. Die kapitalistische »freie Marktwirtschaft« muß durch die sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden.

Die kapitalistischen Wirtschaftskrisen mit ihren verheerenden Folgen für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen haben ihre wesentliche Ursache nicht in der Wirtschaftspolitik der einen

oder anderen Regierung, sondern im kapitalistischen System selbst.

Die Behauptung der Sozialdemokratie, durch bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen könnten die Krisen im Kapitalismus verhindert werden, hat sich offensichtlich als falsch erwiesen. Denn die neue Millionenarbeitslosigkeit in Westdeutschland und Westberlin hat sich gerade in der Amtszeit sozialdemokratischer Regierungen in den 70er Jahren herausgebildet.

In der sogenannten freien Marktwirtschaft sind Wirtschaftskrisen unvermeidlich. Denn in diesem System ist Zweck und Ziel jeder wirtschaftlichen Aktivität, der gesamten gesellschaftlichen Produktion, nicht der Wohlstand der arbeitenden Menschen, sondern der größtmögliche Profit miteinander konkurrierender privater Unternehmen. Diese privatkapitalistischen Interessen, die heute die gesamte Volkswirtschaft bestimmen, stehen in unüberbrückbarem Gegensatz zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Erfordernissen.

Das zeigt sich unter anderem am Scheitern des Mitbestimmungskonzepts der Gewerkschaften. Es ist offenbar nicht möglich, durch Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der großen Konzerne die wirtschaftliche Entwicklung so zu beeinflussen, daß neben den Kapitalinteressen »gleichberechtigt« die Interessen der Arbeiter und Angestellten zum Tragen kommen. Trotz aller Behauptungen und Versuche, diese antagonistischen Interessen miteinander zu versöhnen, trotz des im Grundgesetz verankerten Anspruchs, die Marktwirtschaft »sozial« zu machen, stehen wir heute vor einer wirtschaftlichen Situation, in der die Mehrheit der Menschen in den armen Ländern zu Hunger und Elend verdammt ist und der Reichtum der reichen Länder auf Kosten derer geht, die ihn schaffen.

Die Interessen der Arbeiterklasse und der großen Bevölkerungsmehrheit, die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Erfordernisse können nur dann zum bestimmenden Moment der Volkswirtschaft werden, wenn die Produktionsmittel der privaten Verfügungsgewalt entrissen werden.

Schon heute, unter kapitalistischen Bedingungen, fordern Be-

legschaften, Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauenskörper in den Branchen, die besonders von der Krise erfaßt sind, wie die Stahl- und Werftindustrie, die Betriebe zu verstaatlichen. Sie sehen darin die einzige Alternative zu den von den Konzernen und Banken betriebenen marktwirtschaftlichen Lösungen, die katastrophale Auswirkungen auf die Belegschaften, die betroffenen Kommunen und Regionen haben.

Eine wirtschaftliche Entwicklung, in der Wirtschaftskrisen tatsächlich vermieden werden können, ist nur dann gewährleistet, wenn das wirtschaftliche Geschehen den Dschungelgesetzen des kapitalistischen Marktes entrissen und der bewußten Entscheidung der Menschen unterworfen wird.

Die Enteignung der Kapitalisten, die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel und großen Wirtschaftsunternehmen, die einheitliche Planung der Wirtschaft sind notwendige Voraussetzungen und erste Schritte, damit die Wirtschaft den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechend umgestaltet werden kann. Aber dadurch werden noch nicht unbedingt Verhältnisse geschaffen, in denen die Ausbeutung der Arbeiterklasse beseitigt ist.

Wie die Entwicklung etwa in der DDR oder Sowjetunion zeigt, kann auch unter den Bedingungen sehr weitgehend verstaatlichter Industrie eine kleine Minderheit die Wirtschaft kontrollieren und die Arbeiterklasse zu ihrem Vorteil ausbeuten. Durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist offensichtlich nicht gewährleistet, daß die gesellschaftliche Produktion tatsächlich in der Hand der Produzenten ist. Im Gegenteil liegt die ökonomische Macht in diesen Ländern bei einer dünnen Schicht von Staats- und Parteifunktionären, die die Arbeiterklasse von jedem Einfluß auf die Leitung der Wirtschaft ausschließen.

In den Ländern des sogenannten realen Sozialismus können wesentliche Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung nicht erfüllt werden, während eine Minderheit ein Leben im Überfluß führt. Dies ist nicht die Folge einer vermeintlich bestehenden sozialistischen Planwirtschaft, sondern vielmehr Ausdruck der Tatsache, daß Planung in diesen Ländern, soweit sie besteht, an

den Interessen der Herrschenden und nicht an den Interessen der Arbeiterklasse ausgerichtet ist, daß die Planung bürokratisch von oben nach unten, unter Ausschaltung jeglicher Beteiligung der Arbeiterklasse und an deren realen Bedürfnissen vorbei durchgesetzt wird. Ebenso drückt sich darinaus, daß neben Elementen der Planwirtschaft verstärkt auch solche der Marktwirtschaft sich ausbreiten (Reprivatisierungstendenzen, Gewinnorientierung der Betriebsleitungen, Durchbrechen des Außenhandelsmonopols des Staates, Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds. usw.)

Dementsprechend kann eine weitere Verstärkung dieser Marktelemente auf Kosten des staatlichen Eigentums und der staatlichen Planung weder — wie es die bürgerliche Propaganda suggeriert — die Lebenslage der Werktätigen in diesen Ländern verbessern, noch gar ein Mittel sein, das der Arbeiterklasse den Weg aus ihrer Rechtlosigkeit öffnen würde. Daher wenden sich revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten gegen solche Maßnahmen.

Die Entwicklung und die gegenwärtige Ausprägung der Wirtschaftssysteme in Osteuropa bestätigen die Auffassung des Marxismus, daß eine wirklich sozialistische Planwirtschaft nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Enteignung der Kapitalisten und Verstaatlichungsmaßnahmen vom tatsächlichen Übergang der Leitung der gesamten Volkswirtschaft an die Arbeiterklasse begleitet werden.

Die westdeutsche und Westberliner Arbeiterklasse mit ihrem reichen Produktionswissen ist durchaus in der Lage, die Leitung der gesamten Volkswirtschaft auszuüben, zum Beispiel über ihre Gewerkschaften oder auch über Strukturen, die sich auf die Betriebsräte stützen, jedenfalls über Organisationsformen, die die breitesten Massen der Arbeiter und Angestellten erfassen und demokratisch ihrem Einfluß und ihrer Kontrolle unterworfen sind.

Was im Kapitalismus über den Weg der Mitbestimmung nicht erreicht werden kann, die tatsächliche Einflußnahme der Arbeiter und Angestellten auf die wesentlichen Entscheidungen, kann im

Sozialismus im vollen Umfang verwirklicht werden.

Die Arbeiterklasse kann die erfolgreiche Produktion und Verteilung gewährleisten, ohne auf kapitalistische Manager und staatliche Institutionen angewiesen zu sein. Wenn die wirtschaftliche Macht so in der Hand der Arbeiterklasse bleibt, ist das auch ein wesentliches Moment für die Sicherung ihrer politischen Macht.

Gegenstand der Diskussion, der demokratischen Willensbildung und Entscheidung ist vor allem der einheitliche Wirtschaftsplan. Allerdings nicht in der Form, daß einzelne Arbeiter, Arbeitskollektive und Belegschaften nur die erreichbare eigene Produktionsleistung diskutieren. Vielmehr ist in diesem Prozeß über die grundlegenden Alternativen in der Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Eckwerte der Planung — z.B. auch ihre Auswirkungen auf die natürliche Umwelt — zu entscheiden.

Die demokratische Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse setzt selbstverständlich auch eine Betriebsverfassung voraus, die Schluß macht mit dem Kommandoregime der kapitalistischen Fabrik. Das heißt zumindest: kollektive Führung der Betriebe, Betriebsleitungen müssen von den Belegschaften bestätigt, bzw. können von ihnen abgesetzt werden und sind ihnen rechenschaftspflichtig.

Die Vertretungsorgane der Belegschaften haben umfassende Mitbestimmungs- und Kontrollrechte und ein Vetorecht in allen Fragen. Entlassungen und Maßregelungen durch die Betriebsleitungen sind verboten, vielmehr sind alle Probleme der Arbeitsdisziplin ausschließlich durch die Belegschaften bzw. ihre Vertretungsorgane zu behandeln.

Die Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer gedrückten Stellung im gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsprozeß erfordert auch, daß die Arbeit selbst ihren knechtenden Charakter verliert.

Das setzt die schnellstmögliche Abschaffung jener Formen kapitalistischer Arbeitszeitorganisation voraus, die rücksichtslos auf die größtmögliche Auspressung der Arbeitskraft berechnet sind, wie etwa Fließbandarbeit, Akkordarbeit, auf monotone Tätigkeit reduzierte Arbeitsplätze u.a.

Damit alle Menschen in der Arbeit nicht mehr nur den unver-

meidlichen Zwang zur Existenzsicherung, sondern auch eine Möglichkeit zur Entfaltung ihrer schöpferischen Fähigkeiten und zur Verwirklichung ihrer Persönlichkeit sehen können, muß auch jene starre Teilung der Gesellschaft allmählich verschwinden, die eine Minderheit von jeder körperlichen Arbeit befreit, die Mehrheit aber ausschließlich auf Handarbeit beschränkt. Mit der Aufhebung dieses Widerspruchs von Hand- und Kopfarbeit wird die Arbeit endgültig allen knechtenden Charakter verlieren.

Für die klassenlose Gesellschaft

Der Sozialismus ist kein starres Gesellschaftssystem, das sich die Verteidigung einmal geschaffener politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher Verhältnisse zum Ziel setzt. Im Gegenteil: der Sozialismus kann, wenn er nicht in der erneuten Herausbildung eines Systems der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse enden soll, nur eine Gesellschaft in ununterbrochender revolutionärer Entwicklung sein.

Der Kampf der Arbeiterklasse kann erst dann beendet sein, wenn die Arbeiterklasse aufgehört hat zu bestehen, wenn die klassenlose Gesellschaft Realität geworden ist.

Mit der Klassenteilung der Gesellschaft wird endgültig die Notwendigkeit staatlicher Zwangsmaßnahmen verschwunden sein. In der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft wird der Staat vollständig abgestorben sein. Alle Probleme der gesellschaftlichen Beziehungen werden durch die Gesellschaft selbst geregelt.

Mit der Aufhebung der Klassen, mit der Beseitigung aller Grundlagen für Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen beginnt jene Epoche der Menschheit, in der alle Menschen frei von jedem Zwang leben können, in der die freie Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen aufhört, an die Schranken der Gesellschaft zu stoßen, sondern zur Triebkraft der weiteren Entwicklung der Menschheit wird.

Statut der Vereinigten Sozialistischen Partei

1. Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

Die Partei trägt den Namen Vereinigte Sozialistische Partei (abgekürzt: VSP). Sie hat ihren Sitz in Köln und erstreckt ihre Tätigkeit auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins.

2. Organisationsprinzipien

1. Ohne die Gleichberechtigung der Frauen in der Partei ist die kommunistische Organisation nach innen und außen nicht in der Lage, sich glaubwürdig für die Frauenbefreiung einzusetzen. Daher ist es unter heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen notwendig, die politische Arbeit der Frauen besonders zu fördern und ihnen möglichst optimale innerorganisatorische Bedingungen zu schaffen. Gewalt gegen Frauen ist hiermit unvereinbar.

2. Ohne freie politische Debatte in der Partei kann eine erfolgreiche kommunistische Politik nicht entwickelt, die Einheit der Partei nicht gewahrt werden.

Die Herausbildung unterschiedlicher Positionen und Strömungen in der Partei ist dabei ein normaler Bestandteil der innerparteilichen Demokratie und des notwendigen Meinungskampfes. Dazu gehört die Möglichkeit, seine Positionen, Vorschläge und Anträge in der gesamten Partei zur Diskussion zu stellen und für sie zu werben. Es ist die Aufgabe aller Leitungen, alle Mitglieder umfassend zu informieren und in die politische Debatte und Meinungsbildung einzubeziehen. Kontroversen sollen offengelegt werden und nicht — beispielsweise durch Gremiendisziplin — verschleiert werden.